

lich entfallen könnte. „*Armutsfest*“ sollten ebenso die Kleinrenten gestaltet werden. Dabei wird für die Einführung eines bedürftigkeitsgeprüften, aus Steuermitteln zu finanzierenden Rentenzuschlags plädiert. Dieser Zuschlag könne wiederum die ansonsten notwendige Aufstockung durch Sozialhilfe ablösen und vor allem dazu beitragen, die besonders hohe verdeckte Armut unter alten Menschen zu mindern. Um Armut in den unteren Schichten und vor allem auch bei den besonders betroffenen Alleinerziehenden zu vermeiden, wird eindringlich der Ausbau des Familienlastenausgleichs gefordert (unter anderem durch die Erhöhung des einkommensabhängigen Teils des Kindergeldes und die Erweiterung der Leistungen der Unterhaltsvorschußkasse).

Ein besonderes Schlaglicht hat die Befragung einmal mehr auf den deutschen *Wohnungsmarkt* geworfen: Schlechte Wohnsituation und extrem hohe Mietbelastungen sind für einen großen Teil der Befragten sowohl Grund als auch zentrale Begleiterscheinung ihrer Armut.

Armutsrisiko bis in den Mittelstand hinein

Die Untersuchungsergebnisse in diesem Bereich, so das Fazit des Studienleiters, die eben auch prinzipiell für Niedrigeinkommensbezieher, die nicht zur Caritas kämen, gelten dürften, zeigten deutlich den Funktionsmangel der Wohngeldregelung. Hier richten sich die Forderungen der Caritas unter anderem auf einen verstärkten Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, eine bessere Berücksichtigung einkommensschwacher Haushalte bei der Vergabe und höhere Fehlbelegungsabgaben. Das Wohngeld müsse in Brennpunkten des Wohnungsbedarfs so angepaßt werden, daß eine Kaltmietbelastung von mehr als 20 Prozent des Netto-Haushaltseinkommens vermieden werde.

Eine für die Einschätzung der gesamten sozialen Situation und deren weitere Entwicklung wichtige Beobachtung er-

gab sich aus der Erhebung der ökonomischen Situation vor dem Empfang von Sozialhilfe. Da ein knappes Drittel der befragten Sozialhilfeempfänger diese als sehr gut oder gut einschätzten und ein weiteres Drittel als mittelmäßig, sei deutlich erkennbar, „daß das Risiko sozialhilfebedürftig zu werden, bis in die Mittelschicht reicht“. In bezug auf die weitere Armutsentwicklung schließt die Studie mit einer düsteren Prognose: „Überblickt man die Entwicklungs-

trends der Armut in den alten Bundesländern seit etwa 20 Jahren, so läßt sich angesichts der Lage am Arbeitsmarkt und des prognostizierbaren sozialstrukturellen Wandels der nächsten Jahre, der sich unter anderem in einer weiteren Zunahme der ausländischen Bevölkerung, alleinerziehender Elternteile und pflegebedürftiger Menschen niederschlagen wird, kaum ein Trendumbruch in den nächsten Jahren ausmachen.“

A. F.

Flandern: Aufruf zum innerkirchlichen Dialog

Die katholische Kirche im niederländischsprachigen Teil Belgiens macht normalerweise keine Schlagzeilen. Sie ist organisatorisch intakt und leidet nicht unter massiven Polarisierungen. Aber auch im katholischen Flandern wächst die Unruhe über die kirchliche Entwicklung, wie sich jetzt vor allem an einem Dialogaufruf des überdiözesanen flämischen Pastoralrats zeigt.

Mit zwei Ereignissen bzw. Vorgängen machte die katholische Kirche in Flandern in letzter Zeit von sich reden: Im Februar veröffentlichte der „Interdiocesaan Pastoraal Beraad“ (IPB), eine Art überdiözesaner Pastoralrat der flämischen Bistümer in der belgischen Kirchenprovinz, einen „Aufruf zu einem ernsthaften und am Evangelium orientierten Dialog in der Kirche“. Vom 23. bis 25. April fanden in Antwerpen – veranstaltet von den Bischöfen, aber in enger Zusammenarbeit mit dem IPB – die „Flämischen Kirchentage“ statt. Ein vergleichbares Treffen auf überdiözesaner Ebene hat es in Belgien in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben; die 1863 begonnene Reihe der „Katholischen Kongresse“ endete mit dem neunten Kongreß, der 1936 in Brüssel abgehalten wurde. Aber nicht nur die „Flämischen Kirchentage“ waren eine Premiere: Auch der IPB hat seit seiner Gründung 1970 keinen Aufruf der jetzt vorgelegten Art veröffentlicht.

Mit seinem Dialogaufruf reagierte der IPB auf die „Unruhe der letzten Zeit in

der Kirche in Flandern“, von der gleich die Vorbemerkung zum Text spricht. Deutlichster Ausdruck dieser Unruhe war die Diskussion über ein im vergangenen Jahr erschienenen kirchenkritisches Buch des flämischen Priesters *Rik Devillé* mit dem bezeichnenden Titel „Die letzte Diktatur“. Devillé's Buch fand ein großes Medienecho und sorgte dafür, daß die Frage nach Autorität und Machtausübung in der Kirche weit nach oben auf die Tagesordnung geriet. Der Aufruf des IPB versucht die aktuelle Auseinandersetzung in zwei Hauptpunkten zu bündeln: „Inwieweit müssen wir die Kirchenordnung und die ethischen Positionen der Kirche als unveränderbar betrachten, und in welcher Hinsicht sind die Formulierungen von Glaubenswahrheiten wahr? Wie müssen wir in der Kirche Ausübung von Autorität verstehen?“

Konkrete Diskussionsthemen und Spannungsfelder wären besser zu bewältigen, so der IPB, wenn zunächst im Blick auf diese beiden untrennbar miteinander verbundenen *Grundfragen*

zwischen dem kirchlichen Lehramt, den Theologen und der Gemeinschaft der Glaubenden ein Konsens hergestellt würde. Der Aufruf bekennt sich ausdrücklich zum *Dialog mit den Bischöfen und mit Rom*, spricht sich gegen extreme Reaktionen aus, weil sie gegen Wahrheit und gegenseitige Liebe verstießen, hält aber gleichzeitig fest, „verantwortungsbewußte, sachkundige und aufbauende Kritik vom Evangelium aus“ sei notwendig und könne der Kirche von Nutzen sein. Die Bischöfe, die verschiedenen Gruppen in der Kirche und die ganze Glaubensgemeinschaft müßten voneinander Loyalität, freimütigeres Sprechen und einen ernsthaften Dialog erwarten können.

Plädoyer für verantwortungsbewußte Kritik

Dem knapp gehaltenen Aufruf hat der IPB eine vertiefende und erläuternde Ausarbeitung hinzugefügt, die sich um eine Einordnung und Bewertung der innerkirchlichen Krisenerscheinungen auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Glaubens- und Kulturkrise bemüht. Eine Kernthese dieser Überlegungen lautet: „Gerade im Blick auf die gewaltigen Herausforderungen durch Spätmoderne und Säkularisierung ist eine neue Partnerschaft in der Kirche äußerst wünschenswert. Die Verantwortlichen in der Kirche, die Theologen und das Kirchenvolk sollten im Dialog miteinander ausdrücklicher über die neuen Formen nachdenken, in denen die Kirche in der spätmodernen und nachmarxistischen Gesellschaft des neuen Europa präsent sein kann.“ *Der offene Dialog über die derzeitigen innerkirchlichen Streitpunkte* wird als der einzige Weg bezeichnet, um die notwendige Glaubwürdigkeit nach draußen zu erhöhen.

Der Text appelliert an die *Bischöfe*, kritische Stimmen gegenüber den Strukturen und der Moralverkündigung der Kirche ernst zu nehmen und den Kritikern nicht sofort zu unterstellen, sie zielten auf eine Rationalisierung und Funktionalisierung der Kirche. Dem-

entsprechend wird gefragt: „Sind die Bischöfe mutig genug, bei innerkirchlichen Beratungen wie in der öffentlichen Diskussion zuzugeben, daß etliche Fragen und Überlegungen von Theologen und Gläubigen intellektuell und vom Glauben her verantwortet sind?“ Gleichzeitig fordert der Text von *Gläubigen* und *Theologen* Bereitschaft zur Selbstkritik wie zur Respektierung der besonderen Verantwortung des kirchlichen Amtes: „Dürfen und müssen kirchliche Leiter ihrerseits nicht erwarten, daß die Gläubigen und die verschiedenen Gruppen deutlicher dazu bereit sind, sich unter das Wort Gottes zu stellen?“

Der Aufruf zum ernsthaften und am Evangelium orientierten Dialog ist durchweg allgemein gehalten und geht nicht ausdrücklich auf die besondere Diskussionslage in Flandern ein. Die angesprochenen Probleme und Herausforderungen gelten ja auch nicht nur für die Kirche in den Bistümern zwischen Brügge und Hasselt, sondern für praktisch alle katholischen Ortskirchen im westlichen Teil Europas. Nicht zufällig führt der Text unter seinen Quellen das Dialogpapier des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (vgl. HK, November 1992, 497 ff. und ds. Heft, S. 274 ff.) sowie den Bericht der niederländischen Bischöfe aus Anlaß ihres jüngsten Adlimina-Besuchs (vgl. HK, März 1993, 145 ff.) an. Gerade im Vergleich mit dem durch die gemeinsame Sprache verbundenen nördlichen Nachbarland wird aber auch das spezifische Profil des flämischen Katholizismus deutlich.

Die nachkonziliare Entwicklung der katholischen Kirche verlief in Flandern wesentlich ruhiger und unspektakulärer als in den Niederlanden; es kam zu keinen massiven Polarisierungen, weder im Episkopat noch zwischen verschiedenen Strömungen und Gruppen im Kirchenvolk. Daß der IPB in seinem Aufruf so sehr auf den Dialog mit den Bischöfen setzt, ist nur auf diesem Hintergrund verständlich. Im übrigen besteht in Flandern auch eine besondere Art der institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen kirchlichem Amt

und Vertretern des Kirchenvolkes: Die Bischöfe nehmen normalerweise an den dreimal im Jahr stattfindenden Sitzungen des IPB teil; sie haben das Recht, zehn der insgesamt 124 Mitglieder zu ernennen. In der Hauptsache besteht der IPB allerdings (hierin dem deutschen ZdK vergleichbar) je zur Hälfte aus Vertretern der Diözesanpastoralräte und der katholischen Organisationen. Präsidentin des IPB ist derzeit *Agnes Pas*, hauptberuflich in der kirchlichen Erwachsenenbildung tätig.

„Flämische Kirchentage“ im Zeichen der Pluriformität

Auch die „Flämischen Kirchentage“ in Antwerpen, für deren Gestaltung sich die Verantwortlichen viele Anregungen bei den letzten Katholikentagen in der Bundesrepublik geholt hatten, standen nicht im Zeichen der Polarisierung. Unter dem Leitwort „Fünf Talente“ fanden in der Hafenstadt an der Schelde in den Themenbereichen „Leben“, „Geist“, „Gesellschaft“, „Evangelium“ und „Kirche“ (dazu kam ein eigenes Jugendprogramm) zahlreiche Veranstaltungen statt, die zum größten Teil von katholischen Organisationen bzw. von geistlichen Bewegungen getragen wurden. Unter den 20 000–30 000 Besuchern dominierten die unter 18jährigen und die über 55jährigen; die mittlere Generation war wie auch bei den deutschen Katholikentagen unterrepräsentiert.

Die „Flämischen Kirchentage“ bildeten den bestehenden innerkirchlichen Pluralismus getreulich ab. Die christlichen Basisgruppen waren ebenso mit Veranstaltungen vertreten (beispielsweise über Menschenrechte in der Kirche oder über Homosexualität und Glaube) wie das Opus Dei. Bischof *Paul Van den Berghe* von Antwerpen referierte über „Pluriformität in der Kirche“ und erinnerte dabei u. a. an die „Hierarchie der Wahrheiten“ im Glauben und an die Notwendigkeit, die überlieferten Glaubensquellen im Licht der heutigen Wirklichkeit zu deuten; der IPB machte sich in einer Podiumsdiskussion Gedan-

ken über Möglichkeiten und Grenzen der bestehenden Rätestrukturen auf den verschiedenen Ebenen. Insgesamt waren die „Kirchentage“ allerdings weniger ein Spiegel der gegenwärtigen kirchlichen Probleme in den flämischen Bistümern als Gelegenheit zur festlich-fröhlichen Selbstdarstellung. Daß sich die flämischen Katholiken darauf verstehen, hatte der Papstbesuch in Belgien vom Frühjahr 1985 gezeigt (vgl. HK, Juni 1985, 260 ff.), dessen Erfolg ein Anstoß für die Planung der „Kirchentage“ war.

„Nicht gegen Rom und die Bischöfe“

Die *Krisensymptome* im flämischen Katholizismus sind jedenfalls bei genauem Hinsehen unverkennbar: Die Mitgliederzahlen der *katholischen Organisationen* sind zwar nach wie vor sehr hoch (allein die katholischen Frauenvereinigungen haben in Flandern derzeit etwa 550 000 Mitglieder); aber für viele Mitglieder sind die katholischen Einrichtungen im Erziehungswesen, im Sozial- und Gesundheitsbereich primär Serviceorganisationen, die man auch bei nachlassender Kirchenbindung in Anspruch nimmt. Der Anteil der regelmäßigen Gottesdienstbesucher hat

deutlich abgenommen, es fehlt an Priesternachwuchs. Die Auswertung der Europäischen Werteuntersuchung von 1990 für Belgien (unter dem Titel „De versnelde ommekeer“ bei Lanno, Tielt, erschienen) zeigt, daß auch in der (vergleichen mit Wallonien) katholischen Bastion Flandern die Kirchlichkeit im Abnehmen begriffen ist. Dazu kommen die innerkirchlichen Spannungen, auf die der Aufruf des IPB unmißverständlich hinweist.

In einem Gespräch mit der niederländischen Wochenzeitung „de Bazuin“ (23.4.1993) sagte IPB-Präsidentin Agnes Pas über das von ihr geleitete Gremium: „Wir arbeiten nicht gegen Rom und gegen die Bischöfe; aber in der Spannung zwischen Loyalität und Kritik möchten wir so viel wie möglich an unserer eigenen Identität arbeiten.“ Sie äußerte Verständnis für Menschen, die diese Spannung nicht mehr durchhalten, erneuerte aber den Aufruf zum Dialog und das Plädoyer für eine „langsame Gangart“ in den Auseinandersetzungen um den Weg der Kirche. Die Chancen, daß der Dialog im vom Aufruf des IPB gewünschten Sinn zustande kommt bzw. fortgesetzt wird, stehen in der flämischen Kirche in mancher Hinsicht besser als anderswo, ohne daß damit der Erfolg schon garantiert wäre. U. R.

Albanien: Religiöse Freiheit und wirtschaftliche Misere

Am 25. April besuchte Johannes Paul II. Albanien. Der eintägige Besuch galt einem Land, in dem das religiös-kirchliche Leben nach Jahrzehnten massivster Unterdrückung aufblüht. Die wirtschaftliche Situation Albaniens ist allerdings nach wie vor desolat, die demokratische Ordnung noch nicht gefestigt.

Der Gast aus dem Vatikan hat nicht lange auf sich warten lassen. Die Einladung an Papst Johannes Paul II. sprach der albanische Präsident *Salih Berisha* kurz nach seiner Wahl im März 1992 aus. Bei einer Audienz im Vatikan am 6.

Mai 1992 wiederholte er den Wunsch. Der Reiseplan wurde letztlich von Kurienkardinal *Jozef Tomko* und dem albanischen Ministerpräsidenten *Aleksander Meksi* Ende Februar in Tirana festgelegt. So konnte Johannes Paul II. am

25. April reibungslos auf dem Flughafen Rinas bei Tirana landen. Da die Organisatoren eine Warnung aus Italien erhalten hatten, wonach von einer serbischen Gruppierung ein Attentat auf seinen Hubschrauber geplant sei, mußte der Papst die Strecke in die katholische Hochburg Skhoder per Bus zurücklegen.

Ein beachtlicher religiöser Aufbruch

Durch die Weihe von vier Bischöfen, der ersten in Albanien seit einem halben Jahrhundert, die bereits zum vergangenen Weihnachtsfest in Rom ernannt wurden, gab der Papst der leidgeprüften katholischen Kirche in Albanien wieder eine Leitung und eine Struktur. Drei der neuen Bischöfe haben unter dem kommunistischen Regime jahrzehntelange Haftstrafen verbüßt. *Franco Illia* wird das Erzbistum von Skhoder leiten und von Weihbischof *Zef Simoni* pastorale Unterstützung erhalten. *Rrok Mirdita* wurde Erzbischof von Durrës-Tirana und der Franziskaner *Robert Ashta* Bischof von Pulati.

Der eintägige Papstbesuch sollte nicht nur die Wiederzulassung der Religionsausübung und die Auferstehung der Kirche in Albanien besiegeln. Er sollte auch Behauptungen der letzten Monate, Albanien sei auf dem Weg, ein *islamisch-fundamentalistischer Staat* zu werden, entkräften. Solche Befürchtungen wurden auch im Außenministerium in Tirana dementiert: Albanien werde sich trotz einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit – schätzungsweise bis zu 60 Prozent –, nie zu einem islamischen Vorposten in Europa entwickeln; die Mitgliedschaft in der Islamischen Konferenz bedeute keineswegs eine Abwendung von Europa. Im Land der Skulpturen, in dem es nie Religionskriege gegeben habe und in dem die religiöse Toleranz tief verwurzelt sei, fehle der Nährboden, auf dem ein rigider Fundamentalismus gedeihen könne.

Der Papst selbst betonte, er habe mit